

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

7. Juli 1925

Beleg- und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

London gegen Moskau.

Die englische Regierung bereitet einen Schritt in Moskau vor.

London, 7. Juli. (M.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, bisher kein diplomatisches Ultimatum oder ein offizieller Protest bzw. eine Warnungsnote nach Moskau gefandt worden. Es werde jedoch erwartet, daß diese Frage in der morgigen Kabinettsitzung behandelt wird und daß dann ein Beschluß bezüglich eines Präliminarvertrages gefaßt werden wird. Die große Mehrheit der Minister sei der Ansicht, daß ein Schritt dringend notwendig sei. Die unionistische Partei sei so gut wie einer Ansicht über diesen Punkt.

London, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Rakowski traf am Dienstag nach London mit dem Flugzeug ab, um dort über die englisch-russischen Beziehungen zu verhandeln. Vor seiner Abfahrt fanden längere Beratungen mit der Sowjetregierung statt.

Die Meldung des gewöhnlich gut unterrichteten diplomatischen Berichterstatters des „Daily Telegraph“ deckt sich mit den Mitteilungen, die in den letzten Tagen in führenden englischen Blättern veröffentlicht wurden. Auch die Tatsache, daß Rakowski im Auftrag der Sowjetregierung wieder nach London entsandt worden ist, bestätigt, daß die englisch-russischen Beziehungen wieder an einem kritischen Punkte angelangt sind.

Es ist natürlich Unsinn, wenn die kommunistische Presse tagaus, tagein von einer neuen „Verschwörung gegen Sowjetrußland“ fabelt und hysterisch „Hände weg von Sowjetrußland!“ schreit. Sie könnte sich dieses Geschrei sparen, wenn die Moskauer Außenpolitik nicht immer wieder darauf ausgeht, ihre Hände in alle möglichen internationalen Angelegenheiten zu stecken und sich überall, wo ein Brandherd im Entstehen begriffen ist, aktiv zu betätigen. Die Folge dieser „Aktivität“ ist, daß die außenpolitische Stellung Rußlands, die im letzten Jahre Anzeichen einer zunehmenden Besserung zeigte, sich neuerdings in außerordentlichem Maße verschlechtert hat. Die englisch-russischen Beziehungen haben sich in den letzten Monaten, in Verbindung mit der zweideutigen Rolle, die Rußland im fernem Osten spielt, zusehens

verschärft und die Wirtschaftsverhandlungen zwischen London und Moskau, die eine Zeitlang die Aussicht auf einen günstigen Abschluß eröffneten, sind in letzter Zeit völlig ins Stocken geraten. Auch der Firt zwischen Moskau und Paris, der im Hinblick auf das Verhältnis zu Berlin von den Moskauer Diplomaten mit besonderem Eifer betrieben wurde, hat in der letzten Zeit eine merkliche Abkühlung erfahren. Auch das durch den Rapallo-Vertrag gestützte „Freundschaftsverhältnis“ mit Deutschland hat durch das offensichtliche Bestreben Moskaus, Deutschland nur als Werkzeug seiner außenpolitischen Spekulationen zu benutzen, sowie neuerdings durch das Moskauer Justizverbrechen an den angeklagten deutschen Studenten eine heftige Trübung erfahren. Das Fazit ist für die Moskauer Politik nicht günstig:

Das Ergebnis der sprunghaften Wandrer der Sowjetdiplomaten, verbunden mit der verhängnisvollen Tätigkeit der Moskauer Internationale, die immer wieder die Anfänge zu einer vernünftigen Außenpolitik durchkreuzt, haben in allen europäischen Ländern eine zunehmende Entfremdung gegenüber Rußland gezeitigt und ein Stimmungshervorgeraten, die letzten Endes zu einer Isolierung Rußlands im Konzern der Mächte zu führen droht.

Es muß in diesem Zusammenhang noch bemerkt werden, daß die Verschärfung der englisch-russischen Beziehungen, die jetzt in ein kritisches Stadium tritt, auf die Zeit zurückgeführt werden kann, wo die Regierung MacDonalds gestürzt und durch die konservative Regierung Baldwin abgelöst wurde. Die kommunistischen Sowjetpolitiker, die monatelang in der unsäglichsten Weise die „sozialverräterische“ Regierung MacDonalds bekämpfte und der konservativen Regierung Baldwin ebenso in den Sattel geholfen haben, wie knapp ein Jahr später den Reichspräsidenten Hindenburg, haben es sich selber zuzuschreiben, wenn infolge ihrer selbstmörderischen Taktik die außenpolitische Stellung der Sowjetregierung verschlechtert wird.

Kritische Lage in China.

Paris, 7. Juli. (M.B.) Nach einer Sondermeldung der „Chicago Tribune“ aus Peking haben chinesische Studenten neue fremdenfeindliche Kundgebungen in Ithungking veranstaltet, wobei es zu einem Kampf mit einer englischen Marinewache kam. Die Frauen und Kinder wurden auf ein Flussboot gebracht, während die Männer sich am Ufer auf die Verteidigung einrichteten. Nach derselben Meldung hat General Feng ein Manifest an die Christen der ganzen Welt erlassen, in dem er Gerechtigkeit für die Chinesen fordert.

Tanger in Gefahr.

Paris, den 7. Juli (M.B.) „Chicago Tribune“ meldet aus Tanger, der Kommandant der internationalen Polizei habe einen Bericht über die Gefahr plötzlicher Angriffe der Riffleute auf die Stadt und die internationale Zone an die Mächte gefandt, und zur wirksamen Verteidigung 7000 Mann Verstärkung angefordert.

Ein neuer französischer Oberbefehlshaber.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hat an Stelle des ursprünglich in Aussicht genommenen General Guillaumat, der mit Rücksicht auf die bevorstehende Räumung des Ruhrgebietes an der Spitze der Rheinarmee unökonomisch ist, General Raulin mit dem Oberbefehl in Marokko betraut. Raulin war zuletzt Kommandeur des zur Rheinarmee gehörenden 30. Armeekorps.

Ministerpräsident Painlevé hat in einer kurzen Erklärung, die er am Montagabend nach Schluß des Ministerrats der Presse abgegeben hat, die Lage in Marokko als außerordentlich schwierig und kompliziert bezeichnet und gebeten, die Entwicklung der Dinge ruhig zu beurteilen. Er hat aufs entschiedenste die von einigen Blättern aufgestellte Behauptung bestritten, daß die Regierung durch ihre Anordnung eine wirksame Gegenoffensive der französischen Truppen verhindert habe.

Vom Kriegsschouplag wird eine französische Gegenoffensive in der Gegend von Taza gemeldet. Bezeichnenderweise wird jedoch gesagt, daß das französische Oberkommando am Montag den Befehl gegeben hat, Taza von Frauen und Kindern zu räumen.

Textilien.

Die Regierung redet im Zollauschuß.

Der handelspolitische Ausschuß legte heute morgen die Debatte über Textilien und zwar mit der Untergruppe Wolle und Baumwolle fort. In einer Unterausschussung war von der Deutschen Volkspartei ein ernstlicher Vorstoß zur Kontingentierung der Redezettel gemacht worden. Der Ausschuß wehrte diesen Vorstoß der Herren um Dr. Schneider entschieden ab. Zum erstenmal land in der heutigen Vormittagsung die Regierung das Wort zu einer Begründung ihres Zollwillens. Zur allgemeinen Ueberraschung erhob sich zu Beginn der sachlichen Beratung ein Regierungsvertreter, um einen „Ueberblick“ über die Lage der Textilindustrie zu geben. Die Vorlesung war mit einer großen Menge Material belastet, erhob sich jedoch nicht über das Niveau, das wir im allgemeinen von der Regierung und im besonderen bei der Zollvorlage gewöhnt sind. Interessant wurde der Regierungsvertreter bei der Besprechung der handelspolitischen Lage, wo er besonders auf die Schwierigkeiten mit Frankreich und der Tschechoslowakei hinwies. Die veränderte Lage, in der wir uns besonders Frankreich gegenüber befinden, das seine Grenzen

gegen die deutsche Einfuhr hermetisch abschließt, bedinge ähnliche Maßnahmen. Auf Antrag des Genossen Müller-Franzen wird das vom Regierungsvertreter benutzte Material dem Ausschuß zugänglich gemacht. Nachdem die Regierung ihre Taktik geändert hat, scheinen auch die Regierungsparteien aus ihrer taktischen Rolle herauszutreten zu wollen, wenigstens erhob sich diesmal Herr Dr. Schneider, um auch in die sachliche Debatte einzugreifen. Er machte es kurz und schmerzlos, betonte, daß seit dem letzten Jostitarif der ausländische Wettbewerb außerordentlich gestiegen sei und daß es der Schutz der nationalen Arbeit bedinge, besondere zöllerische Maßnahmen zu treffen.

Interessant war bei den Ausführungen Dr. Schneiders, daß er sich jedenfalls nicht enthalten konnte, Kritik zu üben daran, daß die Regierung die Zollvorlage so schnell eingebracht hat, so daß eine gründliche Durchberatung, die gerade bei den Textiltöhlen notwendig gewesen wäre, nicht ermöglicht wurde. Er betonte auch gleichzeitig, daß es zweckmäßig gewesen wäre, Sachverständige zu hören. Der Genosse Krähig replizierte seinerseits auf die Ausführungen Schneiders, daß trotz der von ihm kritisierten Umstände eine genaue Prüfung der einzelnen Zollpositionen notwendig ist. Er bestritt, daß die Lage der deutschen Textilindustrie so schlecht sei, wie sie die Regierung darstelle, um damit den Zollschutz zu rechtfertigen. Die Bestrebungen der Textilindustriellen gehen offen darauf hinaus,

die Reparationsleistungen abzuwälzen.

Es stecken dabei riesige Dividenden ein; die Abschreibungen übersteigen das sonst übliche Maß bei weitem. Die Ausführungen von Krähig wurden noch ergänzt durch den Genossen Kofke, der feststellte, daß die Regierung es unterlassen habe, auch die Arbeiterschaft zu befragen, wie sie zu den Zollerhöhungen stehe, und daß die aus der einseitigen Information durch die Unternehmer gewonnenen Resultate eine nur sehr schlechte Rastierung des brutalsten Unternehmerprofitwillens darstelle.

Bayerische Ordnung.

Polizeiüberfall auf das Reichsbanner.

München, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsgruppe Augsburg des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unternahm am Sonntag einen Ausflug nach dem unweit der Stadt befindlichen Lustort Nerdendell, dessen Restauration der Stadt Augsburg gehört. An dem Ausflug nahmen auch Frauen und Kinder der Reichsbannerleute teil. Als die Ausflügler bereits eine Stunde frühstückend in dem Wirtshausgarten saßen, wurden sie plötzlich von etwa hundert Landespolizeileuten mit schußfertigem Gewehr umzingelt. 13 Mann wurden als Anführer verhaftet und auf den beiden Postautos, in denen die Landespolizei gekommen war, nach Augsburg gebracht, wo sie nach kurzer Vernehmung wieder entlassen wurden. Der Anlaß zu dem bewaffneten Ueberfall der Landespolizei ist noch nicht bekannt. Irgebin Anlaß, der das Aufgebot der Polizei gerechtfertigt hätte, lag nicht vor. Wir sind nun gespannt, wie die Behörden der Ordnungsgeselle ihre neueste „Aktion“ gegen harmlose Reichsbannerleute rechtfertigen werden.

Die in Gera erscheinende völkische „Ostthüringer Warte“ teilt mit, daß sie infolge der wirtschaftlichen Lage ihr Erscheinen eingestellt hat. Damit hat die einzige Tageszeitung der Völkischen in Thüringen seine Existenz verloren. Es verlautet außerdem, daß sich auch die Dintersche Wochenchrift „Der Nationalsozialist“ in finanziellen Schwierigkeiten befindet.

Ein Wort zur Verständigung.

Wirtschaftsfrieden, nicht Zollkrieg zwischen Polen und Deutschland.

Von Dr. Hermann Diamant, Mitglied des polnischen Sejm.

Wir haben den Genossen Diamant, der der polnischen Handelsdelegation angehört, um eine Darlegung seiner Ansicht über die deutsch-polnischen Handelsprobleme gebeten.

Das Unerwartete ist geschehen, Polen und Deutschland stehen im Wirtschaftskrieg. Ich sage: das Unerwartete, denn die Gemeinsamkeit einer Reihe großer wirtschaftlicher Interessen weisen zwingend beide Staaten aufeinander an, und was ist natürlicher, als die Ordnung dieser strittigen inneren Interessen durchzuführen, sie auf die Linie der Gesamtinteressen zu bringen, verlagert, wie er es oft im öffentlichen Leben zu machen pflegt. Wir sind somit in den widersinnigsten Krieg geraten, der die Interessen der Wirtschaft beider Staaten schwer schädigt, während beide einer Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage dringend bedürfen. Die Konsumkraft der Weltwirtschaft ist infolge des Krieges gefallen, Deutschland und Polen bedürfen aufnahmefähiger Märkte. Beide sind es füreinander, sie sind beide steigerungsfähig; Deutschland ist ein hochentwickelter, leistungsfähiger Industriestaat, der in seiner Produktion den Bedürfnissen des polnischen Marktes angepaßt ist. Der polnische Markt ist auf Grund langjähriger Gewohnheit auf die Verwendung deutscher Endprodukte gerichtet. Polen hat Ueberfluß von hauptsächlich landwirtschaftlichen Rohprodukten, besonders auch von Petroleumderivaten, und in einigen Endprodukten, die Deutschland gar nicht oder in nicht genügender Menge erzeugt und deshalb gerne aufnimmt. Beide Staaten ergänzen einander und sind nach der natürlichen Lage der Dinge aufeinander angewiesen. Sie sind in der vertraglosen Zeit so ziemlich miteinander ausgekommen und nun geraten beide bei dem Versuch, durch Ordnung ihres beiderseitigen Abfahes einander ausgiebiger in dem Aufbau ihrer Wirtschaft zu unterstützen, in einen ernstlichen Konflikt.

Die Frage, wer schuld an dieser Wendung der Dinge trägt, lasse ich als zwecklos außer acht. Es handelt sich weder um Vergeltung noch um Sühne. Schon das Aufwerfen der Schuldfrage erschwert den Versuch einer friedlichen Annäherung. Aufgabe dieser Zeilen soll es sein, den Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen klarzustellen und zu erweisen, daß eine friedliche Lösung möglich ist, daß ein Ausgleich der Interessen durchgeführt werden kann, daß ein von diesem Standpunkt aus geschlossener Handelsvertrag auf beide Wirtschaften befruchtend wirken muß.

Freilich gibt es auch Fragen zu entscheiden, die nicht ganz einfach sind, aber auch sie sind, wenn wir im Rahmen der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse uns bewegen, zu lösen.

Die Opfer, die ein Wirtschaftskrieg beiden Teilen auferlegt, sind viel größer und schwerer zu tragen, als die Opfer, die gebracht werden müßten, um einen friedlichen Ausgleich der Interessen herbeizuführen.

Die Verhandlungen werden erschwert durch die Ungeklärtheit der politischen Situation, durch die Tatsache, daß die wirtschaftliche Situation beider Staaten sich krisenhaft gestaltet, daß die Konsumkraft mit der Steigerung der Produktion nicht Schritt hält. Wären beide Staaten in ungehemmtem wirtschaftlichen Aufschwung begriffen, dann würde ihnen das Entgegenkommen gegen die Bedürfnisse des anderen leichter fallen.

Der freie Verkehr zwischen Deutschland und Polen ist durch noch bestehende Kriegsverordnungen und Bestimmungen, die aus finanziellen Gründen neu erlassen worden sind, gehemmt. Diese Bestimmungen können nicht alle auf einmal beseitigt werden. Der Handelsvertrag müßte dieser Sachlage Rechnung tragen. Da aber auf beiden Seiten die Tendenz besteht, die Verkehrshindernisse abzubauen, so ist auch in dieser Richtung ein Ausgleich möglich. Bestimmungen, die Kampfcharakter tragen, werden selbstverständlich im Augenblick des Abschlusses eines Handelsvertrages fallen.

In Polen besteht eine Verordnung aus dem Herbst des vergangenen Jahres, welche die Einfuhr von Luxusartikeln verbietet. Eine zweite Verordnung aus dem August vorigen Jahres erhöht sehr bedeutend die Zölle von Artikeln, die leicht entbehrlich sind, also Luxuscharakter tragen. Beide Bestimmungen bilden einen Versuch, durch Einschränkung des Konsums ausländischer Waren den Abfluß des Geldes aus dem Lande zu erschweren, solange nicht durch Ausfuhr ein Ausgleich geschaffen werden kann. Polen exportiert hauptsächlich Agrarprodukte, und die erwartete Ernte soll uns Hilfe bringen. Die freien Verkehr in Luxusartikeln begrenzenden Verbote sollen im Maße der Besserung unserer Handelsbilanz fallen.

Selbstredend haben diese Verbote und Zollerhöhungen keinen Kampfcharakter, sie sind gegen alle, am wenigsten gegen Deutschland gerichtet und beeinflussen die deutsche Handelsbilanz am wenigsten. Am schwersten sind Länder getroffen, die mit Polen durch Handelsverträge und politische Verträge verbunden sind. Wie bekannt, sind Verhandlungen in der Schwebe, welche in aller nächster Zeit Abänderungen der Zölle für die Vertragsstaaten bringen werden.

Von den deutschen Einfuhrverboten sind es zwei, welche für die wirtschaftlichen Beziehungen Polens zu

Deutschland besonders drückt sich. Das Verbot der Einfuhr von lebendem Vieh und von Steinkohle. Am 15. Juni d. J. erlosch die Vereinbarung auf Grund des Pariser Vertrags, die Polen ein Einfuhrkontingent von circa 500 000 Tonnen monatlich gewährte. Der deutsche Kohlenkommissar macht von seinem unbefristeten Rechte rücksichtslossten Gebrauch. Es wird behauptet, Deutschland sei für polnische Kohle nicht ausnahmefähig. Polen fordert aber auch nicht die Abnahme von Kohle, seine Forderung beschränkt sich auf die Zulassung eines gewissen Quantum auf den deutschen Markt, insofern er für polnische Kohle ausnahmefähig ist. Verständnis für diese Forderung besteht auf deutscher Seite, es handelt sich nur um das zuzulassende Quantum.

Sollte der in der Polemik oft gehörte Grundsatz, daß die Schwierigkeit des Verbrauchs der eigenen Produktion zu Einfuhrverboten fremder Erzeugnisse berechtigt, Geltung erlangen, dann würden die Grundlagen der Weltwirtschaft berührt. Polen kann seine Textilindustrie nicht genügend beschäftigen, es sind erschreckende Reduktionen durch Sperrung von Fabriken und Feierschichten vorgenommen worden, trotzdem hat man es nicht gewagt, die Einfuhr fremder Textilien zu verbieten. Wir haben Schutzzölle, wir suchen die Textilindustrie vor ausländischem Dumping zu schützen, stellen uns aber nicht auf den Standpunkt von Einfuhrverboten gegen wirtschaftlich notwendige Waren. Diese Zölle treffen alle Staaten ohne Ausnahme, die Vertragsstaaten weniger. Aber das deutsche Kohleneinfuhrverbot richtet sich tatsächlich nur gegen Polen. Die englische Kohleneinfuhr nach Deutschland nimmt ab, weil die englische Kohlenenergie nach Konkurrenzfähigkeit abnimmt. Polen möchte auch so behandelt werden.

Polen will Deutschland alle Benefizien eines Vertragsstaates gemähren. Die Voraussetzung ist, daß Deutschland Polen eine gleiche Behandlung gewährt.

Der zweiten polnischen Forderung der Zulassung polnischer lebenden Viehs nach Deutschland kam nicht das Argument der eigenen Ueberproduktion entgegengehalten werden. Man verbannt sich hinter einer angeblichen Seuchenverschleppungsgefahr. Nun steht Polen in bezug auf Seuchenbekämpfung und Grenzsperrung gegen versuchte Länder (Rußland) auf der Höhe Deutschlands, in dieser Beziehung wurden weder Opfer an Geld noch Mühe gescheut. Polen widersteht sich nicht der Festlegung von Grenzübergangspunkten, peinlichster deutscher Veterinäruntersuchung und deutscher sachlicher Entscheidung. Die Einfuhr von lebendem Vieh liegt im Interesse der deutschen Industrie, denn sie gewinnt Häute, Horn, Blut. Hätte Polen entsprechende Einrichtungen, dann würde es die Ausfuhr von Fleisch der Ausfuhr von Vieh vorziehen. Die Einfuhr von Kohle und lebendem Vieh, das sind die Hauptforderungen Polens. Es fordert nicht unbegrenzte Einfuhr, es ist mit Kontingenterungen einverstanden.

Die Hauptkonzessionen, die Polen Deutschland gewähren kann, ist die Vertragsklausel der Meistbegünstigung, das ist die Gewährung aller vertraglichen Zollnachlässe, die anderen Staaten gewährt wurden. Es handelt sich bei diesen Waren um sehr bedeutende Nachlässe, bis zu 80 Proz. der Zollsätze, die von der polnischen Industrie über empfunden werden. Deutschland würde eine Steigerung seiner Konkurrenzfähigkeit und eine Vergrößerung seines Absatzes nach Polen erhalten, also eine Förderung der Befriedigung seines größten wirtschaftlichen Interesses, denn die deutsche Einfuhr beträgt über ein Drittel des Gesamtimports nach Polen.

Das sind die Hauptfragen bei Schaffung eines längeren Handelsvertragsprovisos über den Handelsvertrag, der nicht so brennend wäre, würde man nachher in Ruhe verhandeln. Der Zollkrieg schädigt nicht nur den momentanen Absatz, er kann den Markt, wenn nicht für immer, so doch für unabsehbare Zeit vernichten. Die Kontingenten Deutschlands auf dem Weltmarkt sehen freudig dieser Zerstörung zu, sie fördern sie, so wie sie es nur tun können.

Die Gefahren eines Zollkriegs sind nicht nur wirtschaftlicher, sie sind auch politischer Natur. Ein reger Warenaustausch würde beide Völker einander näherbringen, er würde so manches Vorurteil verschwinden und manche Wunde ver-

narben lassen; der Zollkrieg emisernt die Staaten von einander.

Nicht das Interesse der Gesamtwirtschaft hat den Wirtschaftskrieg hervorgerufen, es sind, wie immer bei Kriegen, Einzelinteressen mächtiger Schichten, die sich rücksichtslos über die Gemeininteressen hinwegsetzen und auf deren Kosten Befriedigung suchen.

Die Arbeiterklasse und die breitesten Schichten der Bevölkerung haben ein Lebensinteresse am Wirtschaftsfrieden. Wahrscheinlich liefert Polen weniger Kohle nach Deutschland, als zur Erzeugung der nach Polen ausgeführten deutschen Waren verwendet wird. Die deutsche Bevölkerung ist an der Zufuhr von Schlachtvieh nicht weniger interessiert als Polen an dessen Ausfuhr. Das Interesse Deutschlands, das hochwertige Endprodukte nach Polen ausführt, überwiegt das polnische Interesse am Handelsvertrag, da Polen hauptsächlich Rohprodukte ausführt. Die Ausfuhr fertiger Waren, kondensierter Arbeitsleistung, ist ein erstklassiges Interesse der produzierenden Schichten, somit der Arbeiterklasse.

Auch in der Arbeiterklasse können nicht Sonderinteressen gewisser Produktionsgruppen über das wirtschaftliche Gesamtinteresse der Arbeiterschaft gestellt werden, besonders nicht in einem Industriestaat, dessen komplizierter Wirtschaftsorganismus das Ueberwiegen von Sonderinteressen schwer empfinden muß.

Kein Zollkrieg, Wirtschaftsfriede!

Ein schmählicher Reinfall.

Wieder ein Landesverratsverfahren eingeleitet.

Hitlers Tragikomödie im Münchener Bürgerbräukeller ist längst erledigt, beinahe vergessen. Der Trommler hat ausgetrommelt. Verstorben ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben. Die schwarzweiße Fahne ist zwar nicht „über den Rhein getragen“, aber Schutzzölle und eine genehme Steuererleichterung bringt die Reaktion in ihre Schauern. Damals aber, als die Wogen der völkischen Bewegung hoch gingen, war die Gefahr groß genug, daß eine hirnlose Verbrechergesellschaft mit ihren sinnlosen Tutschen Deutschlands Einheit sprengte und die mühsame Arbeit seit dem Friedensschluß über den Haufen warf. Jeder Mensch, der sein Land liebt, war daran interessiert, die Wurzeln und den Charakter dieser Bewegung reiflos aufzudecken. Das war auch der Grund, weswegen der „Vorwärts“ am 3. Februar 1924 einen höchst charakteristischen Brief eines Hitler-Offiziers, namens Göß, veröffentlichte. Dieser Brief interessierte, wie wir damals feststellten, politisch und psychologisch: „politisch, weil er für die längst bewiesene Mitschuld Kahrs am vollendeten Hochverrat Hitlers und Ludendorffs neues Beweismaterial erbringt, psychologisch, weil sich in ihm die geradezu völkische Gesinnung, die in der völkischen Bewegung zu Hause ist, erschütternd wieder spiegelt“.

Die Veröffentlichung dieses Briefes im „Vorwärts“ hat damals ungeheures Aufsehen erregt. Wie das immer in Deutschland zu sein pflegt, wenn die Presse irgendeinem Skandal ernsthaft auf den Leib rückt: die erste Folge dieser Veröffentlichung war, daß der Staatsanwalt in Bewegung gesetzt wurde. Die tat. bayerische Regierung ließ durch ihr Korrespondenzbureau mitteilen, daß durch diese Veröffentlichung des „Vorwärts“ ein „glatter Landesverrat“ begangen sei, der „nicht ungeahndet bleiben“ könne. Herr v. Kahr selber hat freilich sich sehr gehütet, von sich aus irgendeine Erklärung abzugeben. Er wird wohl gewußt haben, worauf. Mit der ihm eigenen Geschicklichkeit hat er auch zu verhindern gewußt, daß er in dem Landesverratsverfahren gegen den „Vorwärts“ als Zeuge vernommen wurde. Er war immer im geeigneten Moment „krank“.

Kahrs Rolle wurde in diesem Brief des Hitler-Offiziers Göß sehr eigenartig beleuchtet. Göß schilderte dramatisch die nächtliche Bewachung der Hitler-Banden:

„Mit versetzter Orber soll ich im St. Annenloster antreten, die Strohen sichern und auf Befehl warten. Ich rüde also ab und sperre die Straßenzüge wie besohlen ab, gehe zu dem Kapuzinerklosterprior und übergebe beschlagsmäßig das verlegte Schreiben. Der eröffnet, liest und begrüßt mich stürmisch, führt mich durch endlose lange Kellergänge, durch Grabstätten und Katakomben an eine Mauer und sagt: „Hier lassen Sie öffnen!“ Ich lasse Leute mit Pickel und Schaufeln kommen, breche eine anderthalb Meter starke Mauer auf und habe vor mir ein Riesengewölbe mit, wie sich später ergab, 8570 tadellosen Gewehren.“

Die Liebenden.

Aufführung in der Tribüne.

Der Schluß dieses Stückes ist ebenso unbestimmt wie sein Titel. Der Verfasser läßt seinen Hut: „Gute Nacht, meine Herrschaften, ich hoffe, Sie werden gut schlafen! Die bestärkteste Aufregung habe ich Ihnen jedenfalls eripart; Pistolentat! bei 24 Grad im Schatten — nein.“ So ähnlich. Er hat schon recht. Pulverdampf hätte die schwere, heiße Luft, die, von keiner Ventilation beunruhigt, im Zuschauerraum herrschte, noch unerträglich gemacht. Man war ihm für seine Geste der Wohlwogenheit dankbar, wenn sie auch eigentlich nur eine negative Bewegung war. (Ist Wohlwogenheit nicht meist Negation? „Das Gute, dieser Soh steht fest, ist stets das Böse, was man löst.“ „No also.“) An gefährlichen Klippen wurde zwar vorbeigesteuert, aber es kropte und schrammte ganz erheblich. Schließlich ist es ja auch keine Kleinigkeit, wenn die schöne, nicht mehr ganz junge Helene Koin und der neunzehnjährige Victor de Lourelle sich seit zwei Monaten lieben und es sich dann plötzlich herausstellt, daß Victor de Lourelle überhaupt gar nicht Victor de Lourelle ist, sondern Victor Belowski, Helenes Sohn, den sie von ihrem ersten geschiedenen Gatten hat. Bloß aus dieser Laune heraus, weil sein Freund denselben Vornamen hat, hatte er dessen Namen angenommen. Die Wahrheit kommt zu Tage, als Victors Vater, Eugen Belowski, zu seinem Sohn nach Paris kommt und ihn als Liebhaber seiner Frau findet. Victor soll, ohne zu erfahren, wer Helene ist, mit ihm nach Warschau zurückreisen; da er sich aber hartnäckig weigert, sagt ihm der Vater schließlich die Wahrheit. Victor ist ein Querkopf und weigert sich weiter hartnäckig. Und der Vater spricht, ernsthaft, männlich, gütig: „Bleib; bleib bei — deiner Mutter.“ Ob es etwas nützt, erfährt man nicht. Der Vorhang fällt, während Victor und Helene (es ist vorsichtiger, die Verwandtschaftsbeziehungen nicht zu sehr zu unterstreichen) in den Garten gehen.

Auf der Bühne dauert die — trotz allem — nette Belanglosigkeit etwa einundeinhalb Stunden. Aber der Autor Barlaa Grubinski hat es sich noch bequemer gemacht; mindestens die Hälfte der Zeit wird bestritten von Seuzen, Stöhnen, Weinen und Rufen. In Buchform, wenn man von den Regiebemerkungen absteht, mögen „Die Liebenden“ ein Festchen von wenigen Seiten ausmachen, was von einer lobenswerten Selbsterkenntnis des Verfassers zeugt. So steht und fällt das Stück eigentlich mit den Schauspielern, und Leonore Ehn, Veit Harlan und Rudolf Lettinger galt der Beifall, der, von der Clique geschickt aufgezinkt, ganz ehrlich gesendet wurde. Besonders Veit Harlan war ein recht gläubiger Brausekopf, trunken vom Wein seiner ersten Liebe, ein guter, wilder Junge. Leonore Ehn, anfangs — sogar bis auf die Aussprache — maniert, fand ebenfalls sehr bald den rechten Ton und stattete die bis über die Ohren verliebte Frau Helene mit sozialer Wahrscheinlichkeit aus, wie es das Schauspiel irgend zuließ. Allerdings war sie die einzige, die die Lösung des verschlungenen Ausgangs hätte andeuten können. Von diesem Recht machte sie keinen Gebrauch. Ein wirklich konventioneller Papo, ernsthaft, männlich, gütig, zum Ueberfluß immer noch in seine Frau verliebt, aber — anscheinend — nicht mehr eifersüchtig, war Rudolf Lettinger. s-z.

Von wem nun waren die Gewehre? Von der E.-W. Und der schriftliche Befehl, diese Gewehre zu holen, war unterzeichnet: Dr. v. Kahr!!!

Also er hat uns zuerst doch bemerkt und wenn er später behauptete, er hätte uns entworfen, so muß es heißen, er hat einen Teil seiner Gewehre wiedergeholt, denn von uns hatte keiner eine eigene oder der Partei gehörige Waffe dabei!

Herr Göß hat in seinem Brief auch nicht veräußert, ein anschauliches Bild von den Zuständen zu entwerfen, die uns bevorstehen hätten, wenn dieses Gesindel zur Macht gekommen wäre. Die Judenfrage ist die erste Heidentat der Erneuerer. Mit Wollust schildert er, wie dieser ersprießliche Teil seiner Tätigkeit beginnt:

„Wie ich durch ein Nebenzimmer gehen will, treffe ich auf Posten, die nur Offiziere dort einliehen. Ich ging hinein und wollte mich halb tollladen, wer war dein? 58 Juden, größtenteils in Unterhosen und Socken, wie sie aus dem Bett geholt wurden, kein Kleidungsstück durften die Hunde mitnehmen! Ein Gefreiter haben sie an, sondern gleich. Als sie keine Ruhe gaben, zog ich sofort halber die Pistole, worauf Grabesruhe herrschte und Herr Hofeßohn vom Hotel Königsplatz sagte: „Bitte, Herr Major, lassen sie mitteln meiner Frau, daß es mer geht nicht schlecht und daß ich lebe.“ Ich lachte ihm ins Gesicht, sagte im Weggehen, daß ich das nicht könne, denn so viel ich wüßte, begannen die Erschießungen in einigen Minuten.“

In diesen Mitteilungen des „Vorwärts“ erblickte die tat. bayerische Regierung eine gefährliche Haupt- und Staatsaktion und ein hochnotpeinliches Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Reuter, begann. Beinahe anderthalb Jahre hat die Prozedur gedauert. Zunächst wurde in ganz Deutschland nach dem Halunken gesucht, der diesen famosen Brief dem „Vorwärts“ verraten hat. Zu einem Ergebnis scheint man nicht gekommen zu sein.

Auch die andere Frage, sozusagen die Hauptfrage dieses Verfahrens, ob die Sicherheit des Deutschen Reichs durch diese schreckliche Publikation gefährdet sei, hat man offenbar nicht im Sinne der bayerischen Regierung klären können. Daß die Hitler-Banden mit Maschinengewehren und allen modernen militärischen Apparaten bewaffnet, in München herumgerufen sind, das ist sozusagen schon kein Geheimnis mehr. Mitteilungen darüber konnte deswegen wohl schlechthin nicht als Landesverrat angesehen werden. Das Reichsgericht hat es deswegen jetzt für richtig gehalten, am 19. Juni sich zu folgendem heroischen Beschluß aufzuschwingen:

„In der Strafsache gegen den Redakteur Ernst Reuter wegen Landesverrats wird der Angeklagte auf Antrag des Oberreichsanwalts hinsichtlich der Beschuldigung, zu Berlin als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ am 3. Februar 1924 den Entschluß, vorzüglich solche Nachrichten öffentlich bekannt zu machen, von denen er wußte, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieses beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommenen Verbrechens des Landesverrats enthalten, betätigt zu haben. (Uff! Red.)

Verbrechen gegen § 43, 62 Ziffer 1 StGB, mangels hinreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt. Die Kosten des Verfahrens werden der Reichskasse auferlegt.

Die Behauptung des Angeklagten, daß er sich nicht bewußt gewesen sei, die Geheimhaltung der von ihm bekanntgegebenen Nachrichten sei für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich, läßt sich nicht ausreichend widerlegen. Leipzig, 19. Juni 1925.

Das Reichsgericht, 4. Strafsenat.
gez. Rosenthal, Schmidt, Mengelkoch.

Immerhin bleibt es doch erfreulich und ein Lichtblick in unserer schlechten Zeit, daß die Herren Rosenthal, Schmidt und Mengelkoch nach anderthalbjähriger Belästigung unseres verantwortlichen Redakteurs und nach Verpulverung eines nicht unerheblichen Kostenbetrages zu dem eigentlich von vornherein naheliegenden Entschluß gekommen sind, den Oberreichsanwalt doch lieber nicht der Blamage einer Hauptverhandlung auszuliefern. Die bayerische Regierung wird wahrscheinlich wenigstens so intelligent sein, zu begreifen, daß dieser Beschluß des Reichsgerichts auch für sie eine empfindliche Ohrspeise darstellt. Sollte nicht auch der Herr Reichsjustizminister nach diesem Ergebnis über den Unfug der Landesverratsprozedur endlich etwas anders denken?

Eine Berlinische Operette.

„Annemarie“ im Schiller-Theater.

Der „Stern von Assuan“ war zweiter und dritter Güte. Diese „Annemarie“ ist ein Stern erster. Nicht im weitesten Sinne des Wortes, nicht durch die ausschließlich gute Zubereitung des Schwanks mit schmachtendem Zubehör, nicht durch Tiefe und Reue auf Musik, aber durch den berlinischen Ton, der hier Tonika und Dominant zugleich ist. Auch nicht einmal ganz Berlin wird unerschütterliche Freude an der Annemarie haben; aber allen, die an Pöbeln und Lachspiele von 1900 gern zurückdenken, und allen Einfachen, denen Hornstoes, Fröhliches, Weinerliches auch leicht angeht, noch mehr Wohlgefallen, als alle Ausgezogenheiten und Ungezogenheiten derberer Operette, all denen sind ein paar sommerliche Nachstunden von den Gilberts geschenkt. Ein Familiengedicht. Eidi, der Direktor, Jean, der berühmte Vater, Robert, der Schlagerepikant, Sohn, Komponist und Textdichter in einem. Es sind ihm zwei typisch berlinische Kuplets eingefallen. „Annemarie, komm doch in die Laubentolone“ und (Sopranoplagier) „Durch Berlin fließt immer noch die Spree“. Letzteres hat der Vater aus dem Füllhorn seiner musikalischen Laune mit Musik bedacht; oder vielmehr er schüttelt diese feststehende, flotte, zündende Welle so aus dem Vornel, daß alles den Refrain mitsingt. Jean hat den größeren Fonds an Witz und Farbe, Beweglichkeit und Schnel. Der jüngere Gilbert leicht beim Alten, wie das so Sitte ist in guten Häusern. Aber mit dem gepumpten Geld, das schon melancholischer Klumpert als beim Vater, mehr er den Melodischschon geschmackvoll. Anleihen brauchen ja nicht immer aufgelegte Fleiten zu sein. Uebrigens lebt auch der Text Dantowits von Fleiten, diesmal von fingierten, und ohne Anleihen. Ein bisschen dia konstruiert und in Grosenmilieu, das unwahrscheinlich fern liegt, auch ohne die Möglichkeit, einem dritten Akt zu erfinden. Auf der einen Seite die Schieber, auf der anderen die Lieber. Das Geld gegen die Liebe ausgespielt, nachsteht, und zunächst einmal die fallchen Paare zusammengeklappelt. Jemandem zu früh gesprochenes Wort löst dann alles zu Wohlgefallen. Ich würde als Autor zu abergläubig sein, als daß ich riskierte, das Wort Bitte so herauszusprechen; aber auch dieses verdammt sich, daß geschüttel Regie (zu der etwa der Umzug vor der Drehbühne Pirch aus gehört) in Dusef und Erfolg. Die Frauen und Mädchen warfen die Pullets, die ihnen gratis verabfolgt wurden, an die Köpfe der Darsteller. Nur mit den Bräutlein einer banterott gegangenen Firma sind sie vorrätiger. Aus Taktgefühl.

Als Annemarie bezaubert die blonde, süße, noch nicht ganz entstellte Camilla Spira, ihren freien, lieben, höchst lustigen Partner tanzt Heidemann. Ihnen gesellen sich Bafel, Diegelmann, Kuthan gut, Leo Bessler schon schwerfälliger zu. Ueber allen aber schwebt der blingende, biederer, treuzerliche Humor der Josefine Dora, die so wiegen wie den guten berlinischen Witz an sich durch ihre trappbürtige Reble zur Ehre bringt. Sie ist eine Nummer für sich und muß jede Nummer dreimal sagen. herrlich. R. S.

Sommergastspiel im Staatstheater. Die Herren Rudolf Presber und Leo Walter Stein, von denen so manche lustige Schwänke stammen, haben den Einfall gehabt, wieder einmal ein Stück zu schreiben. Bei diesem einen Einfall ist es geblieben. Beim Verfassen des Lustspiels „Kreuzfeuer“, das den letzten Abend im Staatsschauspielhaus ungebührlich in die Länge zog, ist ihnen selber nichts eingefallen. Daß Fritz und Willy, die aus Amerika nach Deutschland gekommen sind, um Pappas 60. Geburtstag zu feiern, ihre Frauen austauschen würden, weil die Paare in dieser Kombination besser zusammenstimmen, das begreift der harmloseste Zeitgenosse schon im ersten Akt. Und nun wartet man zwei weitere lange lange Akte hindurch auf eine plötzliche Wendung, eine unerwartete Ueberraschung oder auf sonstwas Lustspielmäßiges. Nichts dergleichen passiert. Würfelst kämpft sich die dünne Handlung bis zum erschöpfenden Ende durch. Den Humor pumpen die Verfasser aus der Zeichnung abgeklappeter Schwantzen, unter denen natürlich eine spießige ungeheuer vermehrte Amerikanerin nicht fehlt. Die Figuren sind samt und sonders, bis zur Trotteligkeit naiv und haben unwahrscheinlich viel Gemüt. Da auch das Ensemble — bis auf Richard Eivenack und Christel von Bommer — einen sehr befriedigend sommerlichen Eindruck machte, trotz alledem von der Bühne das Gespenst der Langeweile in den Zuschauerraum. Dennoch zeigten sich die glücklichen Verfasser auf die schwächlichen Beifallsbezeugungen des Publikums hin bereits im zweiten Akt. Dgr.

Die städtische Kunstdeputation kaufte für die Stadt Berlin an in der Ausstellung der Akademie der Künste das Bild „Wühende Schleben“ von Prof. Hans Hoffmann-Fallersleben, die Bronzebüste von Oberbürgermeister Böhm des Bildhauers Karl Trumpp, ferner in der Großen Berliner Kunstausstellung das Bild „Aus Potsdam“ von Max Koch, Potsdam, mehrere Blumenstücke von Maria Preukner sowie in der Ausstellung der „Berliner Kunst 1925“ im Charlottenburger Opernhaus das Gemälde „Von der Schicht“ von Hans Baluschek, einen figurlichen Silberbecher von Alwine Bökel sowie das Aquarell „Al-Röpenia“ von Hans Behmer.

Otto Lummer, der ordentliche Professor für Physik an der Universität Breslau, ist, 64 Jahre alt, gestorben. Er war nicht nur ein international angesehener Vertreter seiner Wissenschaft, sondern auch einer der wenigen führenden deutschen Universitätsgelehrten seiner Generation, die sich offen zum Sozialismus bekannten. Als sozialdemokratisches Parteimitglied hervorgetreten ist er sowohl durch Mitarbeit an der Parteipresse, wie durch Förderung des Arbeiterbildungswesens. Wissenschaftlich hat sich Lummer in den letzten Jahren besonders um den theoretischen und praktischen Ausbau des Funkwesens verdient gemacht.

Maxim Jidel hat auf eine Weise von Jahren das „Reflexions-Theater“ gepachtet und wird diese Bühne gemeinsam mit dem „Theater d. Rommandantenkrabe“ und dem „Thalia-Theater“ führen. Das „Theater d. Rommandantenkrabe“ und das „Thalia-Theater“ sollen nie höher als Operettenbühnen geleitet werden, das „Reflexions-Theater“ soll dem Publikum gewidmet sein.

Die Gefahr der Zollvorlage.

Professor Keroboe über die Wirkung des Getreidezolls.

Die heutige Sitzung der vom Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags eingesetzte Enquete-Kommission behandelte die Frage der Erhaltung und Stärkung der Intensität der Landwirtschaft, soweit sie mit den handelspolitischen Fragen in Verbindung steht. Der bekannte Lehrer der landwirtschaftlichen Betriebslehre Prof. Keroboe wandte sich in temperamentvoller Weise gegen die Abfassung der Zollvorlage, die in keiner Weise auf die Interessen der landwirtschaftlichen Produktion Rücksicht nehme.

Sie sei geeignet, die Intensität der Landwirtschaft zu schädigen, man habe es unterlassen, die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebslehre heranzuziehen. Er zeigte an einigen Beispielen, daß die jetzige Aufstellung der Zollsätze geradezu Prämien für solche Produkte des Bodens bedeuten, die außerhalb Deutschlands erzeugt werden. Keroboe geht bei der Betrachtung der handelspolitischen Situation von der Frage aus, ob es zuträglich sei, alle landwirtschaftlichen Produkte mit Zöllen zu belegen oder ob das nicht dazu führen würde, die Landwirtschaft selbst zu schädigen, den industriellen Export zu hemmen, die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung zu schädigen und die Kaufkraft der Massen zu verringern. Gerade vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Betriebslehre aus hält er einen solchen allseitigen Zollschutz der Agrarerzeugnisse für schädlich. Wenn man mit dem Zollschutz rechnen müsse, daß die Industriezölle nicht mehr abgebaut werden können, welche landwirtschaftlichen Produkte sollen durch Zölle geschützt werden? Er beantwortet die Frage so, daß zunächst diejenigen Zölle geschaffen werden müßten, die geeignet seien, einer landwirtschaftlichen Notlage zu steuern und die allgemeine Intensität zu heben, besonders bei der Erzeugung solcher Lebensmittel, die uns unabhängig vom Ausland machen könnten. Hier komme zunächst der Schutz der tierischen Erzeugnisse in Betracht. Der Import solcher Erzeugnisse hat vor dem Kriege 600 Millionen Mark im Jahre betragen. In einzelnen Erzeugnissen hat sich die Einfuhr jetzt noch beträchtlich vermehrt. Keroboe befürwortet also einen Zollschutz, der die Wollereiprodukte und die Fleischerzeugnisse erfasst. Gerade die Viehhaltung lasse sich unter verhältnismäßig günstigen Umständen ziemlich schnell steigern. Die Wirkung einer verstärkten Intensität der Viehhaltung würde zunächst eine Hebung der Stallmistproduktion sein, dadurch könnte man den Kulturzustand des Bodens allgemein verbessern. Das würde weiter dahin führen, daß sich die Ertragskräfte des Hackfruchtbaues und des Getreidebaues steigerten. In welchem Ausmaß das geschehen könne, das zeige der Zuckerrübenbau. Auch der Kartoffelbau würde dadurch einen starken Impuls bekommen; das würde dahin führen, daß der Import von Futtermitteln und auch die Einfuhr von Brotgetreide wesentlich eingeschränkt werden könne.

Keroboe kommt zu der Forderung, daß Zölle auf Kraftfuttermittel, besonders auf Reis und Futtergerste nicht erhoben werden dürfen. Er verlangt die Hebung des Hackfruchtbaues, die Förderung der Errichtung von Trocknungsanlagen für Kartoffeln, um auf diese Weise einen vermehrten Verbrauch von getrockneten Kartoffeln bei der Viehhaltung zu erreichen.

Er ist gegen Getreidezölle, er will sie nur als Kampfszölle zulassen. Ferner fordert er Zollfreiheit für Futtermittel, dogogen Schutzzölle für tierische und Wollereiprodukte. Gegenüber den Argumenten, daß Zollfreiheit für Getreide und Futtermittel einen Teil der deutschen Landwirtschaft schädigen würde, sagt er, daß es keine Zollvorlage geben könne, die alle Betriebe gleichmäßig berücksichtige. Hier müsse von allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen werden.

Auf die Frage des Vorsitzenden August Müller, was mit den leichten Böden geschehen solle, die nach Auffassung mancher Landwirte durch die von Keroboe befürwortete Umstellung der Produktion Schaden befürchteten, erklärte dieser, daß ein großer Teil dieser Böden an sich schon geringen Ertrag abwerfen und schon vor dem Kriege nicht kulturbedeug gewesen sei. Aber gerade durch die Hebung der Viehhaltung und die damit verbundene Stärkung der Stallmistproduktion würde erreicht werden, daß der Kultivierung der leichteren Böden größere Aufmerksamkeit zugewandt werden könnte. Auf eine zweite Frage, wie es mit dem Absatz hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse stehen würde, wenn sie im Ueberfluß produziert würden, erwidert Keroboe, daß in absehbarer Zeit ein solcher Ueberfluß nicht eintreten würde. Schließlich würde aber auch ein künftiger Export solcher hochwertiger Erzeugnisse nur im Interesse der kleineren Bauernwirtschaften liegen.

In der Erörterung der Ausführungen Keroboes wurden von den Vertretern des ländlichen landwirtschaftlichen Schutzzölles folgende Einwendungen erhoben: die Situation der Landwirtschaft sei im Augenblick nicht so, daß eine so weitgehende Umstellung möglich wäre. Die Zollfreiheit für Futtermittel und Getreide würde den Landwirten die Einnahme nehmen. Der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Schlittenbauer, meinte, daß in der Stunde der Gefahr die von Keroboe befürwortete Umstellung auf erhöhte Viehhaltung die Ernährung Deutschlands unmöglich machen würde. Graf Kayserling wünscht die Beibehaltung der bisherigen Verhältnisse, die sich sehr gut bewährt haben. Wenn wir zu einer Industrialisierung der Viehhaltung kämen, dann würden die Bauern die eigene Erzeugung, insbesondere den Getreidebau, vernachlässigen und ausländische Futtermittel kaufen. Er widerspricht sich bald darauf aber, indem er behauptete, daß die Landwirte gar kein Kapital für diese Umstellung und auch kein Kapital zum Kauf ausländischer Futtermittel hätten.

Keroboe führte demgegenüber aus: Solange wir keine Autarkie haben, werden wir um einen Import von Lebensmitteln nicht herumkommen. Es handelt sich um die Frage, was besser sei, ob Getreide oder tierische Erzeugnisse zu importieren. Getreide sei nur ein Halbprodukt, Milch, Fett, Butter, Käse usw. seien veredelte Erzeugnisse. Volkswirtschaftlich richtig sei es, lieber Halbprodukte als Vollprodukte einzuführen. 75 Proz. des deutschen Bodens werden heute schon zur Viehhaltung ausgenutzt, nur 26 Proz. zum Brotgetreidebau. Getreidezölle liegen mehr im Interesse der Großgrundbesitzer, die vornehmlich Getreidebauern sind, Zollfreiheit für Getreide und Futtermittel liegt im Interesse der großen, mittleren und kleineren Bauern! „Das ist die Wahrheit!“

Brotzoll und Lokalanzeiger.

Nur keine sachliche Untersuchung.

Der „Lokal-Anzeiger“ regt sich über die Agrarenquete der Unterkommission des Zollauschusses auf. Die sachliche Untersuchung der handelspolitischen Probleme ist dem Interessentenorgan zu viel. Es fürchtet, daß die Untersuchung den reinen Interessentencharakter der Zollforderungen der Agrarier unterstreichen könnte. Also fort mit der Agrarenquete, nur noch her mit dem Brotzoll! So nimmt das „Blatt der kleinen Leute“ die Interessen der kleinen Leute gegen den Brotwucher in acht.

Mordprozess Angerstein.

Die Beweisaufnahme.

Limburg a. d. Lahn, 7. Juli (Drahtbericht.) Zu Beginn des heutigen zweiten Verhandlungstages wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Zuerst äußerte sich der Angeklagte auf die Frage des Vorsitzenden noch einmal über sein Verhalten am Nachmittag des Mordtages, als er von der Stadt zurückkam. Seinen Mantel habe er angehalten, auch als er den Hund erschlagen und Benzin über die Leichen gegossen habe. Daß er alle Leichen mit Benzin begossen hat, will er heute nicht mehr wissen. In einem früheren Protokoll, das ihm vorgehalten wird, hätte Angerstein beklundet, daß er beim Herauslaufen aus dem Hause viele Gesichter, schwarze Straßen, in seiner Erregung gesehen habe. Der Angeklagte erklärt hierzu heute, daß in diesem Protokoll verschiedene Unwahrheiten enthalten seien, die ihm von dem Richter in den Mund gelegt wurden.

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und zuerst die Zeugen vernommen, die

Wahrnehmungen über die Auffindung Angersteins

In der Nähe des Hauses der Direktors Müller gemacht haben. Eine Arbeiterin, Fräulein Bunkel, die an dem fraglichen Abend den Weg an den beiden Häusern entlang kam, erklärte, daß sie 10 Minuten nach 6 Uhr Hilferufe gehört und einen Herrn am Wege liegend gefunden habe, der gerufen habe: „Meine arme Frau, wir sind von Räubern überfallen!“ Später, als man ihn auf eine Tragbahre legte, habe er weiter erzählt, daß das Haus von 15 Räubern überfallen worden sei und alles geraubt und niedergeschlagen hätten. Nach der Art und Weise, wie Angerstein seine Angaben machte, glaubt die Zeugin, daß er dabei ziemlich die Besinnung war. Diese Darstellung wird dann von einer Reihe anderer Zeugen noch bestätigt. Der Kaufmann Hempel, der gerade mit dem 6-Uhr-Zuge von Dillenburg nach Haiger eingetroffen war, war auch einer der ersten, die zu der Stelle eilten, von der aus die Hilferufe Angersteins ertönten. Er lief dann auch in das fremde Haus, stieß hier zunächst auf die Leiche der Elsa Barth und beteiligte sich dann bei der Bergung der anderen Leichen. Barth: Angerstein, was sagten Sie dazu? — Angell: Das muß der Zeuge verantworten. — Fuhrmann Ohlenburger, der gerade mit seinem Gespann aus Dillenburg kam, sah schon von ferne die Flammen aus dem Hause schlagen und hörte die Hilferufe. Er befand sich, daß Angerstein den Hut, von dem er jetzt behauptete, daß er ihn beim Hinfallen mit dem Messer beschädigt habe, auf dem Kopf getragen habe, als man ihn auffand. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Angerstein bei Besinnung war, erklärt der Zeuge, daß er vollkommen klar gewesen sei. — Andere Zeugen sagten aus, daß Angerstein sehr gestöhnt und nach dem Arzt gerufen habe, da er sich sonst verblühten würde. — Frau Müller, die Gattin des Besitzers des Nachbargrundstücks, in dessen Nähe Angerstein gefunden wurde, beklundet ebenfalls, daß Angerstein, als man ihn in ihr Haus trug, gerufen habe:

Helft meiner Frau!

Ich verblute mich. Im übrigen schildert sie den Angeklagten als einen freundlichen und gefälligen Mann. Sie bestätigt auch weiter, daß Angerstein gesagt habe, seine Frau habe sich über die nächtlichen Schüsse, die von den Müllerschen Kindern zur Einleitung einer Geburtstagsfeier aus einem Jagdgewehr abgefeuert wurden, aufgeregt. Angell: Bitte erzählen Sie doch auch, wie Sie mich behandelt haben? Zeugin: Als er in meinem Hause lag, habe ich ihm Wein gegeben. Barth (zu Angerstein): Also, das wissen Sie noch ganz genau, aber der Vorgänge vor dem Hause wollen Sie sich heute nicht mehr erinnern können? Ein Zeuge, Güterbodenarbeiter Schol beklundet, daß man am Bahnhof Haiger zuerst angenommen habe, daß der um Hilfe rufende, nämlich Angerstein, aus dem Zuge gestürzt, oder überfahren worden sei, weil er ganz in der Nähe des Bahnhofes lag. Als man ihn habe aufheben wollen, rief er: Ach laßt mich, ich verblute ja doch. Seht lieber nach meiner Frau. Darauf habe ihm Schol erwidert, er müsse das der Frau Angerstein sehr

schonend mitteilen, worauf Angerstein ihm sagte: Ach, da sind ja 20 Eindrehler im Haus, die müssen da alles ab. Der Zeuge war dann mit einigen anderen Männern zum Hause geeilt, aus dessen Dachstuhl bereits die Flammen schlugen, fand aber die vordere Haustür verschlossen. Ein Einschlagen der Türöffnung war nicht möglich, weil die Tür von innen mit Eisen verkleidet war. Auch die Fensterläden waren geschlossen. Man fand dann die hintere Tür offen, die Tür zum Kassenraum im Parterre stand ebenfalls offen, und zwar fand man im Kassenraum eine große Menge Benzin auf, das sich aber noch nicht entzündet hatte. Inzwischen waren noch mehr Leute herbeigeeilt, die nun in das Obergeschloß eindringen und dort die Leichen fanden. Barth (zu Angerstein): Angeklagter, ist es richtig, daß Ihnen der Zeuge gesagt hat, man könne Ihrer Frau das nur schonend mitteilen? Angell (mit der Hand auf seine Brust deutend): Wollen Sie das mir gegenüber verantworten? Zeuge: Jawohl. Der Angeklagte zuckte darauf mit den Achseln und legt sich wieder hin, um wieder scheinbar teilnahmslos vor sich hinzujuttern, wie er das auch bei den übrigen Zeugenvernehmungen getan hat. Nur ab und zu bei bestimmten Äußerungen der Zeugen verrät ein schnelles Aufblitzen des Angeklagten, daß er trotzdem der Verhandlung ganz genau folgt.

Weitere Zeugen bestätigen dann die Darstellung des Zeugen Schol und machen weitere Angaben über die Lage der Leichen. Zu scharfen

Auseinandersetzung mit der Verteidigung

Am es bei der Vernehmung des Zeugen Direktor Müller, der zunächst beklundet, daß Angerstein am Sonntag vor der Tat mit ihm wegen der nächtlichen Schießerei gesprochen habe. Er konnte sich aber nicht erinnern, daß er ihm damals erzählt habe, seine Frau hätte sich darüber aufgeregt, wohl aber hätte Angerstein gesagt, es seien nachts zwei Spighuben hinter seinem Hause gewesen. Schon früher sei auch von anderen Leuten davon gesprochen worden, daß hinter dem Angersteinschen Grundstück öfter Spighuben gesehen worden seien, daß Angerstein auch einmal aus dem Fenster herausgeschossen habe. Der Zeuge selbst hat aber nie irgendetwas Verdächtiges in der Gegend bemerkt. Als Angerstein darauf den Zeugen nochmals fragte, ob er wirklich behaupten wolle, daß er von Spighuben gesprochen habe, bejaht der Zeuge abermals, worauf Angerstein mit wegwerfender Handbewegung sagte: Na, wenn Sie nicht selbst mal ein Spighube werden. Der Zeuge wurde darauf ziemlich erregt und antwortete auf Vorhaltung der Verteidigung sehr scharf, worauf Dr. Herzfeld ihn fragte, ob er nicht mit Angerstein verfeindet sei, weil dieser ihn einmal ein Grundstück vor der Nase weggeschleppt habe. Der Zeuge Müller erklärte hierauf, er sei nicht mit Angerstein verfeindet, aber dieser hätte ihm gegenüber damals einen Schurkenstreich mit dem Kauf des Grundstückes begangen. Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck. Zu einem weiteren Zwischenfall kam es bei der Vernehmung des Bahnsteigwärters Böhl, der zuerst beklundet, daß Angerstein ihm, als man ihn auffand, gleich erzählt habe, seine Frau liege schon seit mehreren Tagen im Bett und sei nun von den Räubern überfallen worden. Angerstein erhob sich darauf und richtete an den Zeugen die Frage: Haben Sie meine Wunden verbunden? Zeuge: Jawohl, notdürftig. Angerstein (indem er sich wieder hinsetzt): Ich bedauere es. Barth: Was soll denn das heißen? Angell: Ich bedauere es, daß er meine Wunden verbunden hat. Barth: Geben Sie zu, daß Sie dem Zeugen vorher gesagt haben, Ihre Frau liege schon seit einigen Tagen krank im Bett? Angell (mit pathetischer Handbewegung): Das muß der Zeuge verantworten. Der Zeuge, Schloffer Fuchs, beklundet, daß alle Leichen, als man sie fand, schon starb gewesen seien. Vor dem Bett im Schlafzimmer habe der kleine Trommelwäcker gelegen, der aber nicht geladen war. Als dann später die Feuerwehr kam, habe man vergeblich versucht, aus der Pumpe im Garten Wasser zu nehmen, es sei nichts herausgekommen. Dieser Zeuge hatte sich auch als einer der ersten damals Gedanken darüber gemacht, wie es möglich sei, daß Angerstein von Räubern überfallen sein sollte und trotzdem seine Taschenuhr noch bei sich hatte.

Erweiterung des Hochbahnhofs Halle'sches Tor.

Verhandlungen mit dem Magistrat.

Zwischen der Direktion der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft und dem Magistrat Berlin sind jetzt Verhandlungen wegen der geplanten Erweiterung des Hochbahnhofs Halle'sches Tor in die Wege geleitet worden. Der Bahnhof reicht in seinem gegenwärtigen Zustand nicht mehr für den wachsenden Verkehr aus, um so weniger, als durch den Bau der Verstärkungsline Gleisdreieck-Wittenbergplatz für den Hochbahnhof eine wesentliche Steigerung des Umsteigeverkehrs zu erwarten ist. Hauptächlich ist geplant worden, den Bahnhof Halle'sches Tor zu verlängern und einen Mittelbahnsteig anzulegen. Auch soll der Bahnhof an Stelle des einen Eingangs nimmere deren zwei erhalten. Die Ausführung dieser Pläne hängt von den Verhandlungen ab, die mit dem Magistrat Berlin eingeleitet worden sind und sich u. a. auch auf eine Verbreiterung der Straßen beziehen werden. Für den Fall, daß die Baukosten rechtzeitig erteilt werden, dürfte schon im Herbst mit dem Beginn der Arbeiten zu rechnen sein. Wenigstens könnten zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen neuen Eisenkonstruktionen hergestellt werden, so daß die eigentlichen Bauarbeiten an Ort und Stelle nach und nach in Angriff genommen werden können.

Selbstmord auf dem Wasser.

Ein führerloses Ruderboot wurde gestern nachmittag auf dem Schlachtensee treibend aufgefunden. Am Heck lag neben der Hülle eines Rasiermessers eine große Blutlache. Die Ermittlungen ergaben, daß ein Mann von etwa 40 Jahren vormittags um 11 Uhr das Boot von einem Verleiher am Schlachtensee gemietet hatte. Dieser Unbekannte hat sich wahrscheinlich mit dem Rasiermesser die Pulsadern geöffnet oder sonst eine schwere Verletzung beigebracht und dann ins Wasser fallen lassen. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Der Mann war etwa 1,68—1,70 m groß und unterseht, hatte dunkles geschleiftes Haar und einen gestutzten Schnurrbart und trug einen Stummelgekragen mit Schleife. Weiter hat der Verleiher sich keine Kleidung nicht gemerkt. Als Pfand hinterließ der Unbekannte eine Monatskarte für Juli 1925 für die Strecke Südende—Friedrichstraße. Er trug einen Kneifer und einen birkenen Spazierstock mit gebogener Krüde.

Eine Postbeamtenfiedlung bei Tempelhof.

Auf dem Tempelhofer Feld, an der Zufuhrstraße zum Flugplatz, haben 200 Postbeamte, die zum größten Teil den unteren Beamtengruppen angehören, ein Sommerheim gefunden. 200 Lauben sind auf dem etwa 42 Morgen großen Stück Land gebaut, und geben ihren Besitzern und den Familien Licht und Luft. Die Kolonie ist vorbildlich nach einheitlichen Gesichtspunkten angelegt. Ueberall flattern schwarzrotgoldene Fahnen. In der Mitte der Kolonie ist ein großer Kinderspielplatz, der nicht nur den Kindern der Kolonisten, sondern auch vielen kleinen Gästen Platz und Spiel in der Sonne gibt. Ein Musikpavillon und ein Tanzboden mitten im Gras lassen erkennen, daß auch Feste gefeiert werden. Am nächsten Sonntag wird ein solches Fest, verbunden mit Konzert, stattfinden. Was die Kolonie weiterhin vorbildlich macht, ist die Anwesenheit eines Arztes, der auf einer Vorzelle, genau wie alle andere seine Laube errichtet hat. Am vergangenen Sonntag hatte der „Verein der Postbeamten“, der Schöpfer dieser Kolonie, zu

einer Besichtigung eingeladen, zu der Vertreter der Oberpostdirektion, des Wohlfahrtsministeriums und des Bezirksamtes Kreuzberg erschienen waren.

Spielbänke in der Volksspeiseanstalt.

Ein wilder Spielbetrieb wurde in der Volksspeiseanstalt in der Frankfurter Straße 46 unschädlich gemacht. Beamte der Buchmacher- und Spielereistraße hatten in Erfahrung gebracht, daß hier gewissenlose Leute austraten, die Kostgänger, die gewöhnlich überflüssiges Geld besaßen, zum Spiel verleiteten, und ihnen dabei die letzten Groschen abnahmen. Ueberraschend stießen die Beamten kurz nach der Mittagsmahlzeit ein und entdeckten in den dunkelsten Ecken die Bankhalter und Spieler bei verbotenen Glücksspielen. Alle mußten den Weg zur Wache antreten, und da sich eine Menschenmenge ansammelte, wurde noch das Ueberfallkommando zu Hilfe gerufen. 13 Personen, die die Hauptschuld an den Veranlassungen trugen, wurden in Haft gehalten und werden dem Untersuchungsrichter zugeführt. Alle übrigen wurden mit einer Verwarnung entlassen.

Neuer Unfall des Todespringers.

Der Todespringer Cliff Keros, der allabendlich im Ullap in seinem Sensationsakt — Feuerprung aus 26 Meter Höhe — auftritt, erlitt gestern abend erneut einen Unfall. Glücklicherweise bewahrte sich die Nachricht eines schweren Sturzes nicht, wie es erst den Anschein hatte. Der Aktist trug nur eine unbedeutende Kopf- und Handwunde davon, so daß er bereits heute abend wieder seine halbschwerfischen Kunst zeigen wird. Im öffentlichen Interesse wäre es allerdings wünschenswert, daß in Zukunft derartige Todesensationen vermieden werden.

Schon wieder ein Feuer bei Schering.

Gestern vormittag 9 Uhr 35 wurden drei Jüge auf Alarm Mittelschiff nach der Schering'schen Fabrik am Eggeler Weg gerufen. Dort brannte ein Ballon mit Salpetersäure. Die Feuerwehre befestigte die Gefahr und konnte nach einständiger Tätigkeit wieder abrücken. Angeblüh ist niemand verletzt worden.

Die Goldmarkteröffnungsbilanz der Berliner Nord-Südbahn Aktien-Gesellschaft per 31. Dezember 1923 ist der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme zugegangen. Das Grundkapital der Gesellschaft ist auf 48,6 Millionen Reichsmark umgestellt worden.

50 Opfer der Bostoner Einsturz-Katastrophe.

Bis jetzt sind in Boston unter den Trümmern des Widwid-Klubs 43 Leichen geborgen worden. Man glaubt aber, daß die Zahl der Getöteten mindestens 50 beträgt. Zwei der Verletzten liegen im Sterben. Der 4. Juli d. J. war überhaupt ein ganz besonderer Unglückstag. In ganz Amerika sind 183 Todesfälle zu verzeichnen, die direkt oder indirekt mit den Feiertagslichkeiten des Unabhängigkeitstages zusammenhängen. Die größte Zahl an Opfern forderte die Einsturz-Katastrophe in Boston. Außerdem sind aber 47 Personen durch Automobilunfälle getötet worden, 24 beim Baden ertrunken.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

85. Wkt. Tempelhof, Freitag, Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr. 2. und 5. Bezirk Schloßend. d. Bufe, Berder-Str. 24. Wichtige Tagesordnung.

